

beg eine merkliche Verschiebung eingetreten. Die Löhne unter M 25 pro Woche sind zu Ausnahmen geworden. Die meisten Stundenlöhne liegen aber immer noch zwischen M 25 bis M 35. Es haben aber nicht mehr 8 p.-%., wie 1910, sondern bereits 30 p.-%., rund ein Drittel, höhere Wochenentgelte bei Zeitarbeit. Die Auffordarbeiter haben aber schon zu zwei Dritteln, gleich 61,4 p.-%., ihre Wochenentgelte in die hohe Gruppe verhoben. Die Spannung zwischen den Wochenlöhnen bei Zeit- und bei Auffordarbeite hat sich verringert. Sie beträgt nicht mehr ein Drittel zu zwei Dritteln, wie 1910, sondern nur noch ein Drittel zu eins, mit anderen Worten, die Verdienste bei Zeitarbeit sind den Verdiensten bei Auffordarbeite erheblich näher gekommen. Noch einheitlicher hat sich das Einkommensverhältnis zwischen Zeitlohn und Auffordlohn im Jahre 1917 gestaltet, wo der Unterschied zwischen beiden nur noch 10 p.-%. beträgt. Auch wenn wir die hohe Lohngruppe nochmals teilen, in Löhne von M 35 bis M 45 und über M 45 pro Woche, bleibt das Verhältnis günstiger als früher. Wir erhalten dann:

bei Zeitlohn M 35 bis M 45	81,2 p.-%.
" Auffordlohn " 45 "	84,8 "
" Zeitlohn über " 45 "	41,7 "
" Auffordlohn " 45 "	48,8 "

Es war früher immer ein großer vielfachlogter Mangel, daß die Stundenlöhne bei Zeitarbeit mit dem Auffordarbeiter in schlechtem Verhältnis standen. Darin scheint infolge des Krieges durch die allgemeine höhere Bewertung der Arbeitskraft eine Besserung eingetreten zu sein. Der Vergleich lehrt uns aber auch, daß bei der jetzigen Arbeitsweise, wo beide Teile, sowohl Zeitlohn- wie Auffordarbeiter, mit der Überstundenarbeit ihr Lebes an Arbeitskraft hergeben müssen, der Vorsprung des Auffordarbeiters vor dem Lohnarbeiter seine Grenzen erreicht. Nur ausnahmsweise kann bei besseren Preisen mehr verdient werden. Wo aber die Auffordpreise den normalen Verhältnissen angepaßt sind, fällt bei der Länge der Arbeitszeit die Intensität der Leistung nach, so daß am Ende der Woche die Löhne von Zeitlohn- und Auffordarbeitern sich fast gleichkommen.

Wie ungleich die Lohnverhältnisse für unsere Lackiererkollegen sind, wird aus den Antworten bestätigt, die wir auf die Frage erhalten haben: Wieviel beträgt ihr Auffordarbeiter? Hier nach wurden 2 bis 200 p.-%. mehr verdient. Es kommt ja hierbei sowohl auf die Höhe der Stundenlöhne als auch auf die Zahlungsperioden und Verrechnungsarten an, die alle sehr verschieden und oft recht kompliziert sind. Allgemeine Betrachtungen lassen sich darüber nicht gut anstellen. Da müßte man schon auf die Besonderheiten der Betriebe eingehen, was wir uns aber für diesmal, da es sich nicht um eine spezielle Lackiererstatistik handelt, ersparen wollen. Bezüglich des Auffordarbeiterüberschusses wurden meist runde Zahlen angegeben, so 22 mal 10 p.-%., 33 mal 15 p.-%., 91 mal 20 p.-%., 26 mal 25 p.-%., 9 mal 30 p.-%., 48 mal 40 p.-%., 21 mal 45 p.-%., 34 mal 50 p.-%., 10 mal 60 p.-%., 32 mal 70 p.-%., 18 mal 75 p.-%., 35 mal 80 p.-%., 48 mal 85 p.-%., 82 mal 100 p.-%., und ausnahmsweise genaue Prozentzüge.

Schließlich war noch nach den gewährten Teuerungszulagen gefragt. Nach unseren Ermittlungen vom Jahre 1916 hatten seinerzeit 37,7 p.-%. der Befragten eine Teuerungszulage erhalten. Nach unserer jetzigen Erhebung erhielten 1590 Befragte, gleich 70,8 p.-%., eine Zulage. Es ist demnach gegenüber 1916 eine Besserung eingetreten. Im Vergleich zu unseren übrigen Berufskollegen stehen die Lackierer mit der Teuerungszulage in der Mitte, nachdem von den Malern 88,4 p.-%., von den Lackierern 70,8 p.-%., von den außer Beruf Tätigen aber nur 56,8 p.-%. eine Teuerungszulage erhalten. In 988 Fällen, gleich 62,1 p.-%., wurde einmal eine Teuerungszulage gewährt, in 378, gleich 23,8 p.-%., zweimal, in 200, gleich 12,6 p.-%., dreimal und in 24, gleich 1,5 p.-%., mehr als dreimal.

Die Teuerungszulage war in den Lackierereien sehr verschieden. Teilweise wurden sie in Form von Pfennigzuschlägen auf die Stundenlöhne gewährt, teilweise gab es auf die Wochenlöhne einen bestimmten Zuschlag. In anderen Fällen wurde ein bestimmter Prozentsatz als Teuerungszulage gegeben. Außerdem waren die Zulagen von bestimmten Bedingungen abhängig. Teils wurden sie nur an Verheiratete gewährt, teils war die Zulage je nach der Kinderzahl verschieden usw.

Soweit die Zulage in Pfennigen auf den Stundenlohn zugesprochen war, konnten wir folgendes feststellen: Einschließlich 5 % wurden gewährt in 305 Fällen = 85,4 p.-%.
6 mit 10 " " 209 " = 24,2 "
11 " 15 " " 149 " = 17,3 "
16 " 20 " " 57 " = 6,6 "
mehr als 20 " " 142 " = 16,5 "

Sowohl wöchentliche Zuschläge in Betracht kamen, ergibt eine Zusammenfassung, daß gegeben wurden:

in 282 Fällen = 33,1 p.-%. bis zu M 3
" 192 " = 22,6 " von " 3 bis 5
" 212 " = 24,9 " " 5 " 10
" 135 " = 15,8 " " 10 " 15
" 31 " = 3,6 " über " 15 pro Woche

Außerdem konnten wir monatliche Teuerungszuschläge in 126 Fällen ermitteln, die von M 3 bis M 20, in einigen Fällen noch höher, gezahlt wurden.

Der Arbeitsmarkt im Bau- und Malergewerbe.

Nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ stellte sich die Vermittlungsfähigkeit der Arbeitsnachweise Deutschlands im Laufe dieses Jahres für das gesamte Baugewerbe wie folgt:

	Arbeitsgesuchte	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Jänner	6603	13179	3733
Februar	6618	11409	3441
März	6927	13507	4514
April	5613	15240	4461
Mai	5540	17128	4608
Juni	4873	20177	4144
Juli	4829	19401	4063
August	4963	16767	3969
September	4105	16524	3420

Die Lage des Arbeitsmarktes im Baugewerbe war demnach in den ersten neun Monaten des Jahres durchaus anhaltend günstig. Für Maler, Zimmermeister und Lackierer ergibt sich in der gleichen Zeit folgendes Bild:

	Arbeitsgesuchte	Offene Stellen	Besetzte Stellen
Januar 1917	9068	1171	884
Februar	1078	1444	916
März	2815	2802	1818
April	1900	2426	1848
Mai	1811	2809	1405
Juni	1696	3380	1871
Juli	1688	2047	1400
August	1928	2628	1484
September	1619	2704	1289

Eine Besserung des Arbeitsmarktes für das Maler- und Zimmermeistergewerbe trat im März ein und hielt auch in den weiteren Monaten an. Im Januar kamen auf je 100 offene Stellen noch 178,74 Arbeitssuchende und im Februar 188,84.

In den einzelnen Landesteilen stellte sich für das Malergewerbe die Reichsbankangstziffer in den Monaten Juli, August, September wie folgt:

	Arbeitssuchende		Offene Stellen	Arbeitssuchende
	Arbeitssuchende	Offene Stellen	Arbeitssuchende	Offene Stellen
Ostpreußen	18	51	28	40
Westpreußen	1	2	1	6
Berlin u. Brandenburg	488	571	486	547
Pommern	80	27	24	84
Posen	16	25	16	48
Schlesien	48	71	24	45
Sachsen	51	78	64	78
Schleswig-Holstein	46	47	24	35
Hannover	58	99	71	180
Westfalen	59	141	58	126
Hessen-Nassau	40	80	85	66
Rheinland	109	271	104	180
Bayern	292	478	258	382
Königreich Sachsen	87	320	86	189
Württemberg	110	195	108	181
Baden	80	92	96	98
Hessen	15	20	28	38
Mecklenburg-Schw.	4	4	5	4
Thüring. Staaten	12	27	11	26
Oldenburg	9	55	8	52
Braunschweig	15	28	20	28
Lübeck	28	42	38	50
Bremen	7	30	26	80
Hamburg	268	298	287	291
Elsass-Lothringen	17	21	12	10

Für das Deutsche Reich ergibt sich demnach für unser Gewerbe folgendes Bild in den Monaten Juli, August und September 1917:

	Arbeitsgesuchte	Offene Stellen	Arbeitssuchende	Stellen leeren
Juli	1888	2947	82,86	
August	1928	2628	78,86	
September	1619	2794	57,94	*

Zum Abschluß an diese bis zum September reichende Übersicht der Vermittlungsfähigkeit der Arbeitssuchenden weise nach wie oben nach den Berichten des „Reichsarbeitsblattes“ für das gesamte Bau- und für das Malergewerbe im besonderen, drucken wir nachfolgend die Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ziffern aus unserer seit Januar 1916 beobachteten monatlichen Umfrage über die Arbeitslosigkeit unserer Verbandsmitglieder ab:

Monat	Geburten-	Mitarbeiterzahl	Arbeitslose	Auf 100 Arbeits-	
				richter-	in den berich-
	ten	ten	am Schlus-	ten	ten
1917	1916	1917	1916	1917	1916
Januar	111	9197	6999	647	256
Februar	102	9081	6984	449	157
März	104	8802	6986	150	55
April	102	8727	6958	179	52
Mai	99	8748	7017	181	31
Juni	102	8650	8874	176	14
Juli	104	8382	7047	187	21
August	95	8417	7139	117	15
September	106	8007	7105	65	11
Oktober	95	7814	7061	125	83
November	97	7206	7091	165	47
Dezember	—	7016	—	288	—
				7,27	8,89

Diese Zusammenstellung schließt mit dem November ab. Die Arbeitslosigkeit ist danach seit dem September von 0,15 vom Hundert auf 0,66 gestiegen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahrs war die Entwicklung fast genau so; damals ermittelten wir im September 0,81 und im November 2,29 vom Hundert arbeitslose Mitglieder. Im November des Jahres 1915 wurden noch 6,83 p.-%. Arbeitslose gezählt. So ist die Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder dauernd zurückgegangen, allerdings mit gewissen Schwankungen, die in der Hauptzahle die Einwirkungen der Jahreszeiten auf den Malerberuf widerstreben.

Gegenübergestellt ist die Arbeitslosigkeit der Mitglieder. Davon waren am letzten Sonnabend des Monats November 47 arbeitslos.

Folgende Filialen haben nicht berichtet: Bamberg, Bernburg, Flensburg, Frankfurt a. O., Göttingen, Graudenz, Herford, Hirschberg, Kaiserslautern, Nordhausen, Osnabrück, Recklinghausen, Saarbrücken.

Sind gegen industrielle Gifte wirksame Schutzmaßnahmen durchführbar?

I.
Die chemische Energie der Gifte hat zur Wirkung eine unheimliche Gewalt. Das zeigt sich nicht nur gegenüber dem Organismus des Menschen, sondern auch in ihrer Anwendung bei den Materialen und Widerstandsfähigkeiten.

Metallen. Selbst Platin, das

beding von gefährlichen Gasen und Dämpfen Vorsicht walten soll und nur mit Zustimmung der Betriebsführer geschehen darf. Zum Einschalten der Materialien während des Gangprozesses dürfen nur die dazu bestimmten Leistungen benutzt werden; das Einschalten des Stroßes während der Zeit ist verboten. Sollen Behälter, bei welchen mit schädlichen Gasen und Dämpfen zu rechnen ist, wie Bleikammern, Bleiverzürme, Reaktionsgefäße, Sauerstofftransportglinder und anderes mehr ausgewaschen werden, so hat dieses durch kräftiges Ausprägen mit reichlichen Wasserstrahlen oder mit anbern geeigneten Flüssigkeiten unter gleichzeitiger Durchführung der schlammigen Rückstände möglichst von außen zu erfolgen. Falls sich die Gase nicht durch flüssige Ventilation oder Ausflüsse beseitigen lassen, so sind die Behälter mit Dampf auszublasen oder zur Verdrängung der Gase mit Wasser bis zum Überlaufen zu füllen. Nach Ablassen des Wassers soll das Beschränken (Einschalten) erst vor sich gehen, wenn die Wandungen trocken und abgetrocknet und eine Gasentzündung ausgeschlossen ist. Bei chemischen Prozessen und Arbeiten mit Gasentzündung, die eine sichere Absturzung der gefährlichen Gase oder Dämpfe nicht ermöglichen, müssen den Arbeitern Sauerstoffatmungsapparate oder Respiratoren zur Verfügung gestellt werden; die Arbeiter sind zu dem Gebrauch zu verpflichten. Dasselbe hat auch da zu gelingen, wo in die Apparate oder Behälter zum Zweck des Reinigens unvermeidlich eingestiegen werden muss obwohl die Gase unter Anwendung künstlicher Ventilation nach dem Edornstein entfernt werden. Da sich vereinfachte und Dämpfe sich am Boden lagern, so hat sich der Betriebsführer vor dem Einschalten von der Beschaffenheit der Luft zu überzeugen. Die in den Apparaten befindlichen Personen sind ständig zu überwachen und erdenfalls anzuseilen. Rungen- und bergkrante Personen sind von diesen Arbeiten auszuschließen. (§§ 2 bis 8.)

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eiserne Kreuz erhielten die Kollegen: Martin Michael, Franz Böllner, Mitglieder der Filiale München; Bruno Peller und W. Volkart (Bahlstelle Garburg), Georg Mohr, Mitglieder der Filiale Hamburg; Rudolf Müller, Mitglied der Filiale Kiel; August Brandel, August Haas, August Herrigel, Nikolaus Moos, Wilhelm Wehling, Mitglieder der Filiale Mannheim; außerdem die Badische Verdienstmedaille: Johann Wunder, Ludwig Haas und Neumann, Mitglieder der Filiale Mannheim.

Lohnbewegungen—Teuerungszulagen.

Gewiss. Gemeinschaftlich mit den Organisationen der Gold- und der Metallarbeiter haben die Vertreter unseres Verbandes für die in der Waggonfabrik beschäftigten Arbeiter folgende Forderungen aufgestellt und an die Direktion eingereicht: Erhöhung der Löhne um 20 pSt.; Erhöhung der Löhne um 20 pSt.; der Einstellungslohn für männliche Arbeiter darf nicht unter 60 s, für jugendliche und weibliche nicht unter 40 s die Stunde betragen. Die Direktion erkannte infolge der Teuerung die Notwendigkeit einer Erhöhung an und veranlaßte, daß bereits vom 8. Oktober ab auf den Wochenlohn einschließlich der bisher gewährten Teuerungszulage eine weitere von 10 pSt. gewährt wurde. Nach Beendigung der Verhandlungen traten vom 12. November ab folgende Erhöhungen in Kraft: die Normallohne wurden um 12 und 16 pSt. erhöht; für unsere Kollegen beträgt die Erhöhung 12 pSt. Die Stundenlöhne für männliche Arbeiter erfahren eine Erhöhung von 8 s, für Jugendliche unter 18 Jahren von 4 s und für Gehilfen von 2 s die Stunde. Ebenfalls wurden die Einstellungs-

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Offenbach (Bahlstelle der Filiale Frankfurt a. M.). Am 21. November nahmen die Mitglieder der Bahlstelle in einer Zusammenkunft zu den Beschlüssen des Betriebs bezüglich der Beitragserhöhung Stellung. Kollege Zimmermann machte die einleitenden Ausführungen unter Darlegung der Gründe, die den Vorschlag der Beitragserhöhung veranlaßt haben. In der anschließenden Aussprache gaben die Diskussionsredner ihrer Meinung dahingehend Ausdruck, daß noch lange der Verhältnisse eine Beitragserhöhung unabdingt notwendig sei, sowohl für die Hauptklasse als auch für die Filialklasse; denn die großen Aufgaben, die uns nach Kriegsende bevorstehen, bedürfen einer kräftigen finanziellen Grundlage. Nach Besprechung einiger örtlicher Angelegenheiten konnte die Versammlung mit der Aufforderung geschlossen werden, auch fernerhin alles auszubüten, um die Geschlossenheit der Organisation zu erhalten.

Münnichheim a. M. (Bahlstelle der Filiale Mainz). Am 28. November fand eine Betriebsversammlung der Kadett der Firma Opel statt. zunächst wurde die Lebensmittelfrage behandelt und insbesondere die Aufnahme der Kadett der Firma Opel in die Liste der Schwerarbeiter verlangt. Die Gründe dafür liegen insbesondere darin, daß die Kadett der Fahrabteilung in unmittelbarer Nähe der Oefen arbeiten, in denen die emallierten Teile gebrannt werden. Die enorme Hitze, die diesen Oefen entföhrt — sie werden bis zu 180 Grad Celsius erhöht —, läßt naturgemäß eine recht ungünstige Wirkung auf einen ungenügend ernährten Körper aus. Bei den Kollegen, die im Automobilbau arbeiten, sind es hauptsächlich die schädlichen Einwirkungen der blei- und giftähnlichen Farben sowie der Erdalkaliole für Leinöl und Terpentindö, die die bessere Ernährung des Körpers bedingen, um seine Widerstandsfähigkeit zu erhalten. Es wurde beschlossen, eine Eingabe an die Firma zu machen, damit diese beim Kreisamt die Aufnahme der Kadett in die Liste der Schwerarbeiter beantragt. Anschließend hieran legte Kollege Zimmermann die Begründungen dar, die zu dem Vorschlag einer Beitragserhöhung geführt haben. Die Diskussion ergab, daß die Kollegen die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung allgemein anerkannten und sich bereit erklärt hatten, für

ihre Durchführung zu gegebener Zeit mit allen Kräften zu wirken. Kollege Eisinger, der als Feldgrauer aus dem Soldatengetrieb auf Urlaub war, nahm die Gelegenheit wahr, in der Versammlung seiner Freunde Ausdruck zu verleihen, daß die anwesenden Kollegen mit so überzeugender Notwendigkeit der Beitragserhöhung zustimmten. Er erwähnte sie auch, fernerhin in seiner Einigkeit zur Organisation zu stehen und stach mit der Hoffnung, daß es ihm bald vergönnt sein möge, wiederum im Kreise der Kollegen der Filiale Mainz zu wirken. Begleitet von der Hoffnung, daß der Friede bald an die Stelle des Blutbordens treten möge, nahm die Versammlung ihr Ende.

Wilhelmshaven. Am 28. November d. J. beschäftigte sich auch unsere Mitgliederversammlung mit dem Beschluss des Betriebs auf Führung einer Beitragserhöhung. Es wurde von den meisten Mitgliedern dieser Standpunkt geteilt, wenn auch, wie nicht bekannt werden darf, hier in Wilhelmshaven besonders schwierige Verhältnisse in dieser Beziehung vorliegen, die zu überwinden nicht gerade sehr einfach sind. Man muß hier leider noch immer sehr stark mit dem Indifferenzismus ber auf der Werft beschäftigten Kollegen rechnen. Diese Verhältnisse hatten sich während des Krieges ganz erheblich zu unsrer ungünstigen gewendet dadurch, daß hier in großer Zugang herrscht aus dem Innern Lande von kleineren Arbeitgebern, die während des Krieges nicht insame waren, ihre Selbständigkeit hochzuhalten infolge des eingesetzten Materialmangels und ausreichender Arbeitsgelegenheit. Diese sind es nun auch, welche es uns sehr erschweren, eine ausgleiche Agitation zu entfalten, da sie sich auf den Standpunkt stellen: für uns hat die Organisation doch keinen Zweck; dann nach dem Kriege werden wir in unsrer Holmat zurückgehen und wieder selbständigt werden. Von diesen Kollegen wird eben der wahre Charakter der Organisation nicht erkannt; obwohl sie alle Vorteile, die sie schafft, gern für sich beanspruchen, weisen sie es zurück, sich selbst an der Verbesserung ihrer Lebenslage zu beteiligen, und da kann man in den meisten Fällen feststellen, daß es sich bei diesen Elementen lediglich um die paar Groschen Weitende dreht. Diese Feststellung hat man schon machen können in der Zeit, wo noch ein Beitrag von 50 s erhoben wurde. Daher hat sich auch unsere Versammlung mit dieser Frage erneut beschäftigt. Es wurde deshalb sehr guttreffend von den meisten Mitgliedern darauf hingewiesen, daß schon von jeher ein Teil der Kollegen jeder Erhöhung des Beitragssatzes wider sprach, weil dadurch die Agitation erschwert würde. Das dieses eine unrichtige Auffassung ist, beweist das Anwachsen unserer Organisation trotz der Beitragserhöhung. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, beschloß dann auch die Mitgliederversammlung gegen nur drei Stimmen, den Beitrag ab 1. Januar um 20 s zu erhöhen. Wir glauben, dadurch die Kassenverhältnisse wieder einigermaßen in gesunde Bahnen gebracht zu haben und hoffen, daß dieser Schritt von unsrer im Felde stehenden Kollegen voll auf gewürdigt werden wird. Des weiteren beschäftigte sich die Versammlung nochmals mit der Anstreicherfrage der auf der Werft beschäftigten Kollegen. Von diesen wurde lebhafte Klage darüber geführt, daß noch immer die Werft den Verordnungen des Reichsmarineamts, wonach sämtliche gelernte Männer, die sich als solche ausweisen können, auch als Maler eingestellt und entlohnt werden sollen, widerspricht, indem zum Beispiel auf der Torpedowerkstatt noch mit Malern, die auf Grund der Verfügung des Reichsmarineamts nun als Maler übergeschrieben sind, eine weitere Verklassung als solche nicht vorgenommen wird, so daß jetzt ein Zustand besteht, der zur Deunterdrückung der dortigen Kollegen Veranlassung gibt. Wenn zum Beispiel heute ein Kollege neu eingestellt wird, so steht er nach 4 Wochen im Lohn besser als diejenigen Kollegen, die schon seit Jahren auf der Werft als Anstreicher beschäftigt und in diesem Jahre als Maler übergeschrieben sind. Dieses scheint nicht der Wille des Reichsmarineamts zu sein. Wir werden die nötigen Schritte zur Regelung der Sache unternehmen. Mit einem allgemeinen Wunsch, nochmals zu versuchen, auch hier das Bollwerk des Indifferenzismus zu besiegen und alles davon zu trennen, auch auf der Kaiserlichen Werft die Kollegen der Organisation zu führen, erfolgte Schluß der Versammlung. W. S.

Eingesandt.

Kriegsbeschädigte Kollegen!

In der Genesungskompanie meines Erfahrbataillons, der ich nach Heilung einer schweren Weinberkrundung zugeteilt war, fiel mir bei der Lektüre unseres "Vereins-Anzeiger" eine Notiz auf, welche die Einladung zur losen Teilnahme an dem Unterricht der Hamburger Malerschule für Kriegsbeschädigte Kollegen enthielt.

Der feste Wille, trotz meines durch die Berkrundung bemächtigten körperlichen Zustandes auch für die Zukunft ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu bleiben, brachte mir die Idee in die Hand. Ich wandte mich an die Geschäftsführung des Hamburgischen Landesauschusses für Kriegsbeschädigte, Hamburg 1, Monckebergstraße 7 (Lebensteinkasse). Diese forderte ein Gutachten von unserem Berufsbereiter ein. Nachdem dieser das Gesuch befürwortete, erhielt ich vom Landesausschuß in liebenswürdiger Weise die Zusage, nach erwirkter Beurlaubung am Unterricht teilnehmen zu können. Zu den Verpflegungsgebühren meines Truppenreisens kam noch ein Zuschuß der "Sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge in Thüringen", so daß auch die wirtschaftliche Seite der Angelegenheit einigermaßen befriedigend gelöst war.

Nachdem ich nunmehr die Malerschule in Hamburg besucht habe, kann ich jedem Kriegsbeschädigten Kollegen, der nach dem Kriege unsern Handwerk treu zu bleiben gedenkt, den Besuch zu seinem eigenen Vorteil mit empfehlen, selbst wenn auch nur auf einige Fächer beschränkt.

Die Malerschule ist vom Hamburgischen Landesausschuß großzügig und vorbildlich eingerichtet. In schönen, hellen Räumen der staatlichen Gewerbeschule in der Spaldingstraße findet unter Leitung von drei aus unserm Beruf hervorgegangenen Lehrern, die schöne künstlerische Erfolge aufzuweisen haben, der praktische Unterricht in folgenden Hauptfächern statt: 1. Holz und Marmor; 2. Schrift; 3. Dekoration.

Das Lernen und Arbeiten selbst ist eine Lust. Es wird in jeder Art und Weise Rücksicht auf die Verkrundung, ebenso auf die individuelle Veranlagung des Einzelnen genommen; sogar Linkshänder haben mit gutem Erfolg am Unterricht teilgenommen.

In dem Vierteljahr, wo es mir vergönnt war, die Schule zu besuchen, habe ich infolge älteren Fleisches recht gute Fortschritte gemacht, so daß ich glaube, in Friedenszeiten, wenn unser Gewerbe wieder im Schwung ist, ganz gewiß bessere Arbeiten in geringerer Höhe mit gutem Erfolg ausführen und so in mein mir liebgewordenen Handwerk einzutreten.

Halbjährlich findet eine Ausstellung der in der Malerschule angefertigten Arbeiten statt. Die Osterausstellung 1917, nach erst kurzem Bestand der Schule veranstaltet, hatte bei Erfolg der Behörden und die Bewunderung der Öffentlichkeit für die prächtigen Arbeiten der Kriegsbeschädigten gefunden.

Deutsch erkenbar war der Fortschritt aller Schüler bei ihren Arbeiten. Damit ist die Zweckmäßigkeit und der Nutzen für weiteren lebhaften Besuch der Schule zur Heranbildung starker Kräfte auch unter den Kriegsbeschädigten unseres Berufes erwiesen. — Darum auf nach Hamburg! Mit kameradschaftlichem und kollegialem Brust

Paul Kaiser, Bochum.

Ein Mahnrrs an die Heimatkollegen.

Wohl ohne Ausnahme von allen klassenbewußten Arbeitern aufs tiefe bedauert, hat sich die Spaltung der politischen Partei in Deutschland im Januar 1917 offiziell vollzogen. Was schon lange infolge von Meinungsverschiedenheiten herausgeworfen war, hat damit seinen Abschluß gefunden. Ob die verantwortlichen Führer diesen, die organisatorische Einheit ließ erschüttern. Ist vor der Geschichte verantworten können, werden spätere Generationen aburteilen haben. Nun, geschehen ist geschehen, und die unter den Waffen Stehenden werden später erst entscheiden können, welche von den Richtungen auf das Vertrauen der Massen rechnen kann.

Doch um eines möchte wir die Dahlerungslebenen bitten: Ihr habt das Glück der modernen Arbeitersbewegung in Händen. Ihr habt über Einigkeit oder Spaltung zu entscheiden. Tragt den Witz nicht in unsere Gewerkschaftsorganisation hinein, sondern habt auch in dem Bruderzwist, der die politische Parteileistung verschafft, neutral. Wenn die Spaltung im politischen Parteileben eiserne Notwendigkeit war, so wäre dasselbe auf die Gewerkschaften übertragen, gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch alles dessen, was in Jahrzehntelanger Tätigkeit aufgebaut wurde. Deshalb, Gewerkschaftsgenossen, darf der politische Streit nicht in die Versammlungen der Gewerkschaften getragen werden.

Ohne Zweifel wird die Spaltung der Partei ihre Schatten auch auf die kommende Tätigkeit der Gewerkschaften werfen. Das Unternehmertum wird versuchen, Kapital aus dem Bruderzwist zu schlagen. Da heißt es ruhig Blut bewahren, sachlich prüfen und nicht in persönliche Geschäftigkeit geraten. Mehr als je müssen die Arbeiter großzügig denken lernen, ohne Vereinigungsmacht die Verdienste ihrer Führer widerzulegen, auch wenn ihnen die politische Richtung, die mancher von diesen vertreibt, mißfällt. Würde der Streit der politischen Richtungen in unsere Gewerkschaften hineingeraten, dann müßte die Spaltung erfolgen. Daß die Arbeiterklasse dann den schweren Kämpfen des kommenden Zeitalters waffenlos gegenüberstehe, wäre die Schuld jener Heilsperone, die nicht zu unterscheiden wissen zwischen historischen Notwendigkeiten im politischen Leben und ihre zwiespältige Wirkung auf den wirtschaftlichen Kampf.

Weßhalb diese Worte? wird mancher fragen. Aus Briefen, die ins Feld kommen, aus Zeitungsnachrichten haben wir uns überzeugen müssen, daß der Wurm der Zersetzung auf die gewerkschaftlichen Verbände überzugreifen beginnt. Das kann nur geschehen, wenn die Arbeiter vergessen, daß der Kampf gegen das Unternehmertum auf andern Grundlagen beruht als politische Kämpfe. Wenn es im politischen Kampfe der augenblicklich geschlossenen Masse als solcher bedarf, um zum Beispiel bei Wahlkämpfen dem Arbeitervorsteher zum Siege zu verhelfen, oder nachviele Wissensfundgebungen gegen das System zu veranlassen, also mehr ideale und moralische Siege davonzutragen, kommt es im Kampfe mit dem Unternehmertum auf die wirtschaftliche Geschlossenheit an. Da kann nur die taktische Unverzüglichkeit — der einheitliche Wille — und die finanzielle Mittlung der Arbeiter siegen, wenn es zum Kampfe kommt. Die Tatsachen lehren es ja: je geschlossener die Arbeiter eines Berufes ihrer Organisation angehören, um so bessere Arbeitsverhältnisse, einen um so höheren Lohn haben sie. In dem Augenblick, wo die Spaltung der freien Gewerkschaften eintreten würde, wäre es mit der Macht der Arbeiter dem Unternehmertum gegenüber vorbei. Damit wären die Erwerbsgeschäfte langjähriger Lohnlämpfe verloren. Daß die Macht der Unternehmerklasse aber infolge der ungeheuren Kriegsgewinne sehr groß wird, läßt sich schon heute mit Sicherheit feststellen. Deshalb muß es nicht als je heißen: vermeide alles, was zur Schwächung der Organisationen beiträgt, vor allem: hinaus mit dem Parteistreit aus den Gewerkschaften! Fragt das Unternehmertum nach Religion und politische Überzeugung, wenn es sich um die wirtschaftliche Macht, die Organisation handelt? Nein, es zieht die einheitliche Front dem Zersplittertheim vor! Kollegen! Verriß von unsern gemeinsamen Gegnern. Ihr müßt dann zugeben, daß, so unabwendbar die Spaltung der politischen Partei gewesen sein mag, es das verehrtste Experiment wäre, diese Zalkt auf die Gewerkschaften zu übertragen. Überlegt, was Ihr tut, und folgt nicht blindlings den verderbenbringenden Zersplitterungsversuchen!

G. S.

Gewerkschaftliches.

Teuerungszulagen und Tarifvertragverlängerung im Baugewerbe. Wie bereits berichtet, fanden die ersten Verhandlungen am 14. November in Berlin statt. Da eine Einigung auf das Angebot der Unternehmer nicht möglich war, wurden auf den 27. November neue Verhandlungen einberufen. Diese fanden im Reichsministerium und

hielten sich sehr schwierig. Nach dreitägiger Verhandlung kam es zu folgender Verständigung: Der Reichswirtschaftsrat für das Baugewerbe und die ihn ergänzenden Vereinbarungen werden unverändert bis zum 31. März 1919 verlängert. Von 10. Dezember 1917 an erhalten die Bauarbeiter eine neue Teverungsanlage von 10 % für die Arbeitsschicht. Auf diese Anlagen sollen die seit den letzten gesetzlichen Verhandlungen bewilligten örtlichen Sonderzulagen nur insoweit angerechnet werden, als die Anrechnung bei ihrer Vereinbarung ausdrücklich vorbehalten oder die Vereinbarung nach dem 30. September 1917 abgeschlossen worden ist. Nebenverhandlungen für Mittagessen, Fahrpreise und Ausflüsse bis zu 10 % für den Tag kommen nicht in Betrachtung. Am 1. April 1918 tritt eine weitere allgemeine Erhöhung der Teverungsanlage um 5 % für die Arbeitsstunde ein. Außerdem haben sich beide Parteien das Recht vergeben, falls eine wesentliche Änderung der Preise für Lebensmittel vom Juli bis Oktober 1918 eintreten sollte, neue Verhandlungen über eine Erhöhung oder Herabsetzung der Teverungsanlagen zu verlangen. Diese sollen nach dem 1. Oktober 1918 vor dem Reichswirtschaftsrat stattfinden. Dem auch die Entscheidung der Frage, ob eine bedeutende Preissteigerung eingetreten ist, überlassen wird. Für das Wiederaufbaugesetz und seine Grenzbezirke der Provinz Ostpreußen und für die besetzten Gebiete gilt die neue Vereinbarung nicht.

Die neue Vereinbarung soll in Kraft treten, wenn der Arbeitgeberkongress bis zum 10. Dezember dieses Jahres seine Zustimmung erteilt und auch die Instanzen der beteiligten Bauarbeiterverbände sich damit einverstanden erklären. Der Verbund der Zimmerer und der christliche Bauarbeiterverband haben bereits ihre Zustimmung erteilen können. Vorstand und Beirat des deutschen Bauarbeiterverbandes werden ebenfalls in diesen Tagen dazu Stellung nehmen.

Die Beitragserhöhung im Lederarbeiterverband ist mit über vier Fünftel Majorität aller abstimmbenden Mitglieder angenommen worden. Von 2896 abgegebenen Stimmen waren 1910 Stimmen für, 476 Stimmen gegen die Erhöhung; 10 Stimmen waren ungültig.

Eine Konferenz der Vertreter der Verbundesvorstände fand am 22. bis 24. November statt. Sie gaben Berichte über die Tätigkeit der Generalkommission, insbesondere über die Schritte gegen die Bedämpfung des Personalausgangsrechtes, über die Würde des Güldenrechtes, ferner über die Beteiligung der Generalkommission an sozialpolitischen Abkommen usw. Vauer berichtete unter anderem über die Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland. Nachdem sich aus der Überhandnahme der struppischen Agitation der „Deutschen Vaterlandsparthei“ ergab, dass deren Kreisen Millionenfonds zur Verfügung stehen und dass ihre Bestrebungen nicht allein der Verhinderung eines baldigen Friedens ohne Unionen und Entschädigungen, sondern auch der Bereitung innerer politischer und sozialpolitischer Neugestaltung galten, troten Männer aus den großen Wirtschaftsverbänden, besonders der Arbeiter und Angestellten, zu unverbindlicher Aussprache zusammen, um dieser reaktionären Agitation ein Gegenrecht zu schaffen. Man einigte sich auf die Gründung eines Volksbundes für Freiheit und Vaterland, der vornehmlich die großen Wirtschaftsorganisationen sowie auch Einzelmitschäfter, nicht aber die politischen Parteien umfasst und für einen baldigen vollständlichen Frieden sowie für ein neues und freieres Deutschland wirken soll. Eine von der Generalkommission unter den angefohlenen Gewerkschaften vorgenommene Abstimmung ergab die Zustimmung zum Beitritt gegen jedes Ablehnungen. Der Generalkommission wurde neben dem ordentlichen Beitrag ein Vorsatzbeitrag von 20 % pro Mitglied und Jahr gewährt.

Zum Mittelpunkt der diesmaligen Konferenz standen die Erarbeitung eines sozialpolitischen Arbeiterprogramms und eines Arbeitsstammvertrages. Das von der Generalkommission vorgelegte Arbeitserprogramm (sozialpolitischer Gewerkschaftsforderungen) umfasst in 18 Gruppen die Forderungen zur Sozialpolitischen Organisation (Verwaltung), Arbeitervertretung zum Organisationsrecht, Tarifvertragrecht, Einigungsrecht, Arbeitsrecht, Arbeiterstabs, zur Arbeitserver sicherung, Rechtsprechung, Arbeitsvermittlung, zum Genossenschaftswesen, zu den Staatsbetrieben, zur Wirtschaftspolitik, internationalem Sozialpolitik, Volksfürsorge, Wohnungsfürsorge, Volksgärten und Volkszerziehung. Die Forderungen sind eingehend begründet und zu einer Tendenz zusammengestellt, die eine Neugestaltung der wirtschafts- und sozialpolitischen Verhältnisse Deutschlands verlangt. Diese Tendenz soll den Regierungen und geisthaften Körperschaften unterbreiten, aber auch als Werbeschrift für die sozialpolitische Neuorientierung veröffentlicht werden. Neben dieser Programmatik referierte Uhlmann. Er bestätigte die Neuorientierung als eine von der Regierung fest anerkannte Schulverpflichtung gegenüber der deutschen Arbeiterschaft, deren Einigungszeitpunkt jetzt getommen sei. Die Werbeträger hatten klarheit zu schaffen über die Tragödie dieser Verpflichtung. Es zaudle ich aber nicht um die Belebung der Arbeiterschaft für ihre Haltung im Kriege, sondern um die von Regierung und Reichsleitung jetzt zugestandene Anerkennung der hohen Bedeutung der Arbeiterschaft für das gesamte Volks- und Wirtschaftsleben und um den Ausdruck der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Sozialklassen. Mit der Einigung an die Regierungen und geisthaften Körperschaften sei eine allgemeine Propaganda zu verbinden, die zugleich der Förderung der Gewerkschaften zugute kommt. Die Debatte endete im wesentlichen das Einverständnis der Vorstandsveteranen mit den Forderungen. Der Herausgeber des Programms als Vorgesetzter sowie als Werbeträger stimmte die Konferenz zu.

Den Entwurf des Arbeitserprogramms bearbeitete Legien. Der Entwurf ist das Ergebnis gemeinsamer Arbeit der Zentralen aller Gewerkschaften und Angestelltenverbände, die die Zeit für gänztig erachteten. Die Schaffung gesetzlicher Arbeitservertretungen durchzuwirken. Da die Gewerkschaften auf der Forderung von Arbeitern einigten, die übrigen Gruppen auf der von Arbeitern konzentrierten bestanden, so kam ein Kompromiss zustande, nach

dem paritätische Räume der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu schaffen seien, den Arbeitnehmerabteilungen indes das Recht zu stehen soll, zwecks eigener Interessenvertretung für sich allein zusammenzutreten, Anträge zu stellen, Einlagen zu machen, Gutachten abzugeben und Erhebungen zu vereinbaren. Die Räume sollen territorial ausgebaut werden, aber auch besondere Berufsbereiche, für die Land- und Forstwirtschaft, sowie für Kaufmännische und technische Angestellte erhalten, und eben dem Recht der Antragstellung, Bequemlichkeit und Erhebung auch allgemein wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt, sowie Verwaltungsaufgaben erhalten. Am besonderen sollen sie bei der Regelung des gewerblichen Schulwesens und Lehrlingsschulen mitwirken, den Abschuss von Tarifvereinbarungen sowie von Maßnahmen für die Industrieförderung, deren Tätigkeiten bei der Regelung der Währung und Arbeitsbedingungen unterstützen und den von diesen festgesetzten Lohnsätzen durch Beschluss unabdingbare Kraft verleihen. Sie sollen ferner Einigungsräume und Schlichtungsstellen errichten und die Mitglieder des Einigungsräumes aus ihrer Mitte wählen. Der Entwurf regelt zugleich die obligatorische Einziehung von Arbeiter- und Angestelltenabgaben für alle Betriebe mit mindestens 20 Personen, deren Wahl und Aufgaben sowie die Wahl der Vertreter der Schlichtungsstellen und die Aufgaben der Einigungsräume. Der Referent legte überzeugend dar, dass in diesem Entwurf die Vorzüglichkeit der Arbeiter- und Arbeitnehmer vereint seien und gleichzeitig die Möglichkeit der dauernden Erhaltung der Arbeiterschaft und Schlichtungsstellen des Güldenrechtes gewahrt sei. In der Debatte wurde dem Entwurf in allgemeinen Augenblick und nur einige Änderungen gewünscht, über die mit den übrigen Zentralen eine Verständigung herbeigeführt werden soll. Eingehend wurden die Differenzen im Leipziger Gewerkschaftskartell erörtert, worüber wir bereits berichtet haben.

Ein Antrag, das Werk des Überganges von Mitgliedern aus einer Gewerkschaft in die andere während des Krieges, wurde abgelehnt.

Die Anregung, die Einführung der ungeliebten Arbeitsschicht unter der Voraussetzung achtstündiger Arbeitsschicht mit kurzen Pausen und ausreichender Ernährungsfürsorge zu empfehlen, wurde nach kurzer Erörterung abgelehnt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die körperlichen Anforderungen und gefundene Werte für die verschiedenen Berufen die gleichen seien und dass besonders die eine Vorstellung für den Fall längerer Mittagspausen in den Großstädten, die weiten Entfernung der Wohnungen vom Arbeitsplatz, in den Kleinstädten und auf dem Lande nicht in gleichem Maße liegen, weshalb einer Vereinheitlichung dieser Maßform schwere Bedenken entgegenstehen.

Zur Errreichung einer Mechs-Arbeitslosenversicherung sollen besondere parlamentarische Schritte unternommen werden.

Sozialpolitisches.

Die preußischen Wahlrechtsverordnungen sind, nachdem sie vor kurzem von der Regierung veröffentlicht wurden, am 1. Dezember im preußischen Landtag zur ersten Lesung gekommen. Die Reformvorordnungen haben das arbeitende Volk entschärft. Wohl ist den königlichen Erlassen entsprechend das geheime und direkte Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus vorgeschlagen, aber durch Einzelbestimmungen wird das gleiche und als geheime Wahlrecht Jahr nach eingeschränkt. Die größte Ungleichheit der Wahlkreise soll bestehen bleiben, das heißt, die kleinen und die dünnbevölkerten Landkreise sollen dieselbe Vertretung haben wie die großen und dichtbevölkerten Industriebezirke und Großstädte. Nur 15 der Miesenwahlkreise sollen fünfzig zwei Stellen Abgeordneten wählen. Sodann ist das Alter der Wähler von 24 auf 25 Jahre hinaufgesetzt. Den Frauen soll, obgleich ihrer nun Millionen gewerblich tätig sind und Steuern zahlen, kein Wahlrecht zugesprochen werden! Eine arge Verschlimmerung ist der Vorschlag, dass das Wahlrecht künftig erst nach dreijähriger Staatsangehörigkeit (bisher sofort nach Erwerbung der Staatsangehörigkeit) und gar erst nach einjähriger Ortsansässigkeit (bisher halbjähriger) an dem betreffenden Ort ausübt werden kann! Das trifft in schwerster Weise die Industriearbeiterchaft, die unter den modernen Gewerbsverhältnissen oft genötigt ist, den Wohnort zu wechseln wegen Übernahme einer anderen Arbeitsschicht!

Die Wahlrechtsvorrichtung bedeutet aber auch eine Entzerrung der Kriegsteilnehmer, die, wenn sie nach Hause kommen, zu ungefährten Behauptungen ihre alten Arbeitsplätze besetzt oder gar, infolge des Niederbruchs unseres Weltmarkts, verloren finden, nun sich wieder wo neue Arbeitsstellen suchen müssen. Alle diese Kriegsteilnehmer würden nach dem Wortlaut der Regierungsvorordnungen ihres Wahlrechts verlustig gehen. Das ist unmöglich geschehen, darüber dürfte eigentlich kein Zweifel obwaltet. Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer hat deshalb auch bereits eine Einigung an den preußischen Landtag gerichtet, damit alle Härten und Ungleichheiten aus dem Entwurf beseitigt werden.

Eine weitere Verschlimmerung ist die Neuordnung des Herrenhauses. Dieses soll künftig sehr wichtige und in Abetracht der geplanten Zusammenfassung dieses Hauses äußerst einschneidende Einspruchsrächte gegen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses erhalten. Dabei ist die künftige Zusammensetzung des Herrenhauses zu bedenken, dass wohl die hochadeligen „Standesherren“, Großgrundbesitzer, die Leiter der großen industriellen Unternehmungen, eine Reihe Stadtoberväter, außerdem noch extra Vertreter der Landwirtschaft, des Handels, des Handwerks, der Industrie, im Herrenhaus sitzen sollen, aber eine „Standesvertretung“ der Arbeiter und der Angestellten ist nicht ausdrücklich vorgesehen! Zu der Praxis fände es ja, dass was dem Abgeordnetenhaus an Vollmacht und Einfluss gegeben ist, durch das Herrenhaus wieder ausgeweitet werden kann! So hat sich das preußische Volk der Arbeit die Neuorientierung

allerdings nicht gebadet. Nach den Beratungen, die gestern Vorträge werden wir auf diese Frage noch zurückkommen.

Vom Ausland.

Unser österreichischer Bruderverband hält am 1. und 2. Februar 1918 seine 6. Hauptversammlung in Wien ab. Ausser den Berichten des Vorstandes und der Kontrollkommission wird sich die Hauptversammlung mit den agitatorischen und organisatorischen Aufgaben nach dem Kriege und mit der Feststellung der Beitragsteilung beschäftigen.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 88). Das soeben erschienene Heft 86 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lisch, M. d. R.: Friedenskritik. August Winnig: Das Recht der Friedenspolitik. Stefan Großmann: Österreichische Probleme. Willibald Schiff: Der Widerspruch der Republik. Otto Thomas, München: Handwerkermittelshulen. — Einzelhefte 80,-, vierteljährlich M. 8,- bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Haus, Garten, Hof. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde. Haus und Familie, Franck'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, 1917, Heft 18 bis 21. Vierteljahrsheft M. 1. Für Kleingartenbesitzer und Tierfreunde besonders ist diese vielseitig und lehrreich gehaltene Gartenzeitschrift unentbehrlich. Aus vorliegenden Nummern möchten wir auf die interessanten Aussäye über den Anbau, die Vorfüge und die Anwendung der dankbaren heimischen Wild- und Heilkräuter hinweisen.

„Kleiner Atlas der Briefmarken-Geographie“. 201 Karten aller Städte, die jemals Briefmarken verausgabten. Verlog des Schaub-Albums C. A. Süddeutsche Zeitung, Preis M. 3,60. Mit diesem eigenartigen Werk hat der Verlag allen ernsthaft arbeitenden Briefmarkensammlern längst ausgesprochene Wünsche erfüllt: Jedes Postgebiet der Erde ist für diesen Sonderzweck bearbeitet und durch besondere Karten-Nr. und übersichtlich hervorgehoben. Hauptstädte, Flüsse und Eisenbahnen sind auf den sauber gestochenen Kärtchen verzeichnet, außerhalb der Seitenränder ist links der Flächeninhalt in Quadratmetern und rechts die Einwohnerzahl angegeben; auch weisen viele Kärtchen die Farbzeichnung auf. Beachtenswert ist, dass auch die nicht mehr bestehenden Posteinrichtungen — wie zum Beispiel das Thurn- und Taxische Postgebiet der norddeutsche Postbezirk, die ostitalienischen Herzogtümer usw. — aufgenommen sind, und zwar in der Darstellung, die zur Zeit der Ausgabe der betreffenden Posten anzutreffen war. Mit der Herausgabe dieses vor trefflichen, auch technisch gut ausgestalteten Kartenwerks in handlichem Format hat sich der Verlag ein hohes Verdienst auf dem Gebiete der Briefmarkengeographie erworben. Für jeden Briefmarkensammler, der seine geographischen Kenntnisse bereichern will, ist dieses Atlas unentbehrlich, da die gebräuchlichen Schulatlanten nur zum Teil ausreichen.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, redigiert von Dr. F. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin W 85, Potsdamer Straße 191 b) haben soeben das 24. Heft ihres 23. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt haben wir her vor: Ratheder- und Kanzlerimperialismus, von Dr. Ludwig Dusek, Mitglied des Reichstages. — Russland und die deutsche Politik, von Max Schippel. — Die Pflicht zum Parlamentarismus, von Hermann Krämer. — Rodin, von Katharina Pollini (mit einer Belehrung von Lisbeth Stern). — Die Frauenberufswelt als erzieherisches Problem, von Heinrich Schulz, Mitglied des Reichstags. — Justizreform von innen heraus, von Dr. Alfred Boasi. — Koloniale Arbeitsverfassung und Bevölkerungspolitik, von Max Schippel. — Die Geschichtsforschung der Reformation, von Dr. Alfred Kehler. — Die angebliche Unannehmbarkeit der Antikörper Philosophie, von Dr. Max Seligmann. — Neue Dramen, von August Oppen. — Der Einfluss des Krieges auf die Gesundheit der Jugend, von Dr. Adolf Krafft. — Bauaufgaben, von Paul Westheim, und anderes mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 60,-, der eines Vierteljahrsabonnements M. 3,60. Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in den Grossen und Bahnhöfen, bei allen Kolporteurern, ferner zu haben durch jede Postanstalt sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W 85. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Bekanntmachung der Expedition.

Die schwierigen Verhandlungen während der Weihnachtszeit machen es notwendig, dass die letzten beiden Nummern des „Vereins-Anzeiger“ in einer Ausgabe erscheinen. Für die erste Nummer des neuen Jahrganges ist am 29. Dezember Redaktionsschluss. Alle Einsendungen, die in dieser Nummer Aufnahme finden sollen, müssen spätestens am 27. Dezember in unseren Händen sein.

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 2. bis 8. Dezember. Eingesandt haben: Köln M. 700, Berlin 500, Bernburg 15.

Die Woche vom 16. bis 22. Dezember ist die 51. Beitragswoche. H. Weitler, Klassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 48 des „Correspondenzblattes“ bei.